

Die Pressure Group Kohle blies laut Alarm. Von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie war zu hören: „Aufgrund der ... zu befürchtenden Entwicklung muß innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre mit einem Rückgang des Absatzes von Steinkohle und Steinkohlenkoks von etwa 30 Millionen Tonnen gerechnet werden; das ist ein Rückgang von 125 ... auf 95 Millionen Tonnen.“ Die Gewerkschaft ließ durchblicken, daß ihre Mitglieder vor der Bundestagswahl „noch einmal nach Bonn“ marschieren könnten.

Helmuth Burckhardt war sogar bereit, der propagandistischen Schockwirkung zuliebe sich selbst und seinen Kollegen den unternehmerischen Bankrott zu bescheinigen. Er verkündete, „daß die deutsche Kohle nicht mehr die Vorstellung aufrechterhält, den Verdrängungswettbewerb des Heizöls aus eigener Kraft bestehen“ zu können.

Die Zechenbosse traten schließlich in eine Art Unternehmerstreik, indem sie nach der Devise „Es geschieht Bonn ganz recht, wenn unsere Industrie vor die Hunde geht“ einen Investitionsstopp proklamierten:

- ▷ Generaldirektor Hermann Winkhaus von der Mannesmann AG erklärte, daß sein Konzern „keine weiteren Investitionen im Bergbau mehr vornehmen wird, solange Bonn sich nicht zu einer klaren energiepolitischen Linie entschließt“;
- ▷ Generaldirektor Hans-Werner von Dewall von der bundeseigenen Bergwerksgesellschaft Hibernia AG verkündete einen Investitionsstopp, der eingehalten werde, „solange sich die Bundesregierung nicht zu einer klaren energiepolitischen Konzeption durchgerungen hat“;
- ▷ Helmuth Burckhardt selbst, der Generaldirektor des Eschweiler Bergwerks-Vereins ist, gab bekannt, daß sich seine Investitionen fortan „auf die Erhaltung der Betriebe beschränken werden“.

Im ruhrnahen „Industriekurier“ war die erregte Forderung zu lesen, die Bundesregierung solle „für die deutsche Kohle entweder einen Kranken- oder Totenschein“ ausstellen.

Gleichzeitig präsentierte Burckhardt den Wunsch des Kohlenbergbaus nach einer „Bremsung der Heizölexpansion auf dem deutschen Energiemarkt“. Die Mineralölfirmer sollen künftig nach Burckhardts Vorstellungen nur die gegenwärtig erreichte Raffinerieleistung von etwa 18 Millionen Tonnen Heizöl im Jahr frei verkaufen dürfen. Die Einfuhr von Ölmengen, die über diese Kapazität hinausgehen, soll einer besonderen Genehmigung Bonns bedürfen. Der jährliche Zuwachs des westdeutschen Energiebedarfs (etwa fünf Prozent) soll brüderlich unter Kohle und Öl geteilt werden.

Derart klotzige Eingriffe, die allerdings mit Sicherheit der Kohle den Absatz garantieren und zugleich die Umstellung auf den rationalen Brennstoff Öl bremsen würden, sind seit dem Frankfurter Treffen der CDU-Wirtschaftler ein gutes Stück wahrscheinlicher geworden. Beeindruckt von den Cassandra-Rufen der Kohlen-Lobby schrieben die wahlbewußten Christdemokraten das Argument von der „Sicherheit der Energieversorgung“ in ihr Parteiprogramm.

Helmuth Burckhardt hat jetzt den Knüppel, mit dem er einer neuen CDU-Regierung und ihrem Wirtschaftsminister Erhard Beine machen könnte.

CDU-PROPAGANDA

Wallach für die Wahl

Auf dem Rummelplatz umfaßt ein wohlgebautes junges Mädchen bewundernd den Bizeps eines erfolgreichen Lukas-Hauers und girt: „Junge, Sie könnten mal frühmorgens zu mir kommen.“ Der Kraftprotz dümmlich: „Gerne, warum?“ Das Mädchen: „Ich bekomme mein Frühstück nie auf.“

An der Bude nebenan wünscht ein Jahrmarktbesucher ein „Hühnchen, aber mit viel Brust“. Schnippisch erwidert die Verkäuferin: „Ja doch, Mann, für Sie brate ich die Monroe.“

In der Nähe eines Bierzelts trägt eine aufgetakelte Schaustellerin das erotisch-tragische Abenteuer eines unschuldigen Mädchens vor: „Dum, Mädchen

fachmann namens Hans P. Cyranek, dem Leiter der finanzträchtigen CDU-Wahlkampfzentrale und einstigen Kanzler-Adlatus Generalkonsul Dr.-Ing. Franz Josef Bach zu Beginn des Wahljahres 1961 eine handliche Waffe für die politische Auseinandersetzung vor der Wahl angeboten hatte

Die größten Irrtümer der SPD, ablesbar an Propaganda- und Wahlplakaten der letzten 13 Jahre, sollten mit einer aufreizenden Spielhandlung garniert werden. Der einfallsreiche Cyranek hatte gleich genügend Titel parat: „Schönes Kind auf krummer Tour“, „Umkehr der schönen S“, „Doktrinchiens Irrungen“, „Holzwege sind auch Wege“ oder „Das falsche Pferd“.

Dr. Bach und sein Assistent Klaus Otto Skibowski fanden Gefallen an Cyraneks Projekt sowie am Titel „Das falsche Pferd“. Schon im Februar 1961 wurde eine abbruchreife Turnhalle in



Szenenbild* aus CDU-Film: Den Wählern Beine zeigen

laßt die Grafen, geht nie mit ihnen aus, beim Wachen und beim Schlafen kommt da nie Gutes raus.“

Solch frivole Szenen finden sich keineswegs in einem libertinösen Werk der französischen Filmindustrie. Die dramatischen Ereignisse und anzüglichen Dialoge sind vielmehr Bestandteil einer Wahlkampf-Attraktion der Christlichen Demokraten Konrad Adenauers: des Kurzfilms „Das falsche Pferd.“

Durch den Film, für den die Wahlkampfleitung der CDU fast 100 000 Mark ausgeworfen hat, sollen deutsche Menschen dafür gewonnen werden, den christdemokratischen Auftraggebern des Lichtspiels am 17. September ihre Stimme zu geben. Es ist einer der fortschrittlichsten Beiträge des Wahlkampfes 1961 (siehe Seite 16).

Hersteller ist die „Deutsche Trans-Kontakt Produktion GmbH“ in Bonn, deren Chef, ein Publizist und Werbe-

* Dita Rösler als Moritaten-Sängerin, Wimm Schroers als Leierkastenmann in „Das falsche Pferd“.

Bad Godesberg in ein provisorisches Filmatelier verwandelt.

Von Bonner Bühnen entlieh Produzent und Regisseur Cyranek Schauspielern und Statisten, von der Ufa einen Kameramann und von einem Alt-Bonner Leierkastenmann, der sich fast täglich an der „Kaiserhalle“ postiert, eine Drehorgel.

Nach vier Tagen war das Produkt des Aufgebots fertig: ein Rummelplatzfilm von 25 Minuten Dauer. Inhalt: Wurstessende und grölende Menschen scharen sich vor der Bude einer Moritaten-sängerin. Ein tätowierter Alter (Schauspieler Wimm Schroers, Bruder des Kultusreferenten der Stadt Bonn) dreht am Leierkasten und verheißt „ein ergreifendes Werk, eine Tragödie der Irrungen“.

Sodann besingt eine ordinäre Rothaarige mit rostiger Stimme bunte Schautafeln, auf die sie anklagend mit dem Zeigestock weist. Die Bilder: Wahlplakate der SPD, von Beauftragten der CDU und Cyraneks in Archiven und

SPD-Parteibüros aufgespürt und zum Teil heimlich fotografiert.

Der Berliner Kabarett-Texter und Drehbuchautor Mischa Mleinek, ein Bekannter von Cyraneck, hat die Plakate als Drehbuchautor christdemokratisch kommentiert. Ein anderer liberaler Cyraneck-Freund, der Berliner Schlager- und Filmkomponist Olaf Bienert — gleich Mleinek im Filmvorspann aus politischer Rücksichtnahme nicht genannt — komponierte dazu eine wehklagende Drehorgelweise.

Als Moritat vorgetragen und musikalisch verbrämt wird dem Filmpublikum serviert, was die Oppositionspartei im letzten Jahrzehnt an drastischen Parolen gegen die Außen-, Wehr- und Wirtschaftspolitik der CDU vorgebracht hat: „Nun erst recht Sozialisierung“, „Nie wieder Wehrpflicht“ oder „Professor-Erhard-CDU ruiniert die Wirtschaft“.

Glanzstück der aus Brechts Dreigroschenoper entlehnten Moritatenschau ist ein Plakat, das der SPD-Ortsverein Trier im Jahre 1948 zum 100. Geburtstag des „Kommunistischen Manifests“ von Karl Marx entworfen hatte: „1948 vollenden — SPD“. CDU-Refrain der Sängerin: „Das war schon wieder mal genau daneben, das war schon wieder mal das falsche Pferd.“

Am Ende ihres Songs macht die älteste Sängerin — verkörpert durch die ehemalige Schauspielerin Dita Rösler, Ehefrau des „Revue“-Redakteurs Dr. Walter Kunze — mit einem Sammelsteller die Runde. Ertrag auf dem Teller: wenige Groschen, dafür aber das Parteibuch eines erschütterten SPD-Mitglieds.

Gesteht der SPD-Vorstandssprecher Franz Barsig: „Das mit den Plakaten ist für uns eine böse Sache.“

Die Plakate wurden von den CDU-Funktionären denn auch freudig betrachtet, aber sowohl in geistlichen Herren beider Konfessionen als auch bei engherzigen CDU-Mitgliedern regten sich Bedenken, daß in einem CDU-Film überwiegend Trinker, hohlhirnige Schläger, flotte Mädchen und zerlumpte Jahrmärktefiguren agieren.

Die Beschwerden häuften sich besonders bei den CDU-Formationen in Schleswig-Holstein und Oberbayern, wo im Juni Testkopien vorgeführt worden waren. Anfang August berichtete die Münchner „Abendzeitung“ gar, der Film habe bei der katholischen Kirche Anstoß erregt und müsse zurückgezogen werden. In den Jahrmärkten werde den klerikalen Kritikern „zuviel gesoffen, geknutscht und geküßt“.

Dagegen CDU-Wahlkampforganisator Bach: „Daran ist überhaupt nichts. Kein Protest, keine Spur von Zurückziehen. Der Film wird mit 220 Kopien überall gezeigt.“

In der Tat sind von dem Wahlkampf-Film Kopien in acht, 16 und 35 Millimeter Breite zur Vorführung in Heimkinos, Versammlungssälen und Lichtspielhäusern abgezogen worden. Außerdem bereiten Film-Ton-Wagen der Bonner Firma „Mobilwerbung GmbH“ im Auftrag der CDU Ortschaften ohne geeigneten Filmsaal und veranstalten — so in der vergangenen Woche im Kanzler-Wahlkreis Bonn — Freilichtaufführungen auf Markt- oder Schulausschlägen.

Dennoch hat die CDU die Empfindsamkeit ihrer christlichen Mitglieder und Freunde gebührend respektiert:

Der geplante Einsatz des Films in sittenstrengen rein ländlichen Gegenden wurde gestoppt. Außerdem wurden die hauptsächlich beanstandeten Szenen aus dem Film herausgeschnitten.

Nur die Minderzahl der 220 Kopien, die an Landesverbände und Wahlkreis-kommandos von CDU und CSU ausgeliefert werden, hat — zur Vorführung in liberaleren Gegenden — volle Länge: 25 Minuten. Das Gros der Zelluloid-Rollen birgt eine gekürzte Fassung. Spieldauer: 15 Minuten.

Aus dem „Falschen Pferd“ der SPD ist ein CDU-Wallach geworden.

WIEDERGUTMACHUNG

Lieber inkorrekt

Der Brief trug den Vermerk „Dem Empfänger direkt in die Hand“ und war an den Präsidenten des Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg, Dr. Friedrich Käss, adressiert.

Das Finanzministerium teilte dem Behördenleiter Käss darin mit, daß ein Etatposten, über den das Hombur-



Brief-Empfänger Käss
Kein eigenes Konto für den Ausgleich

ger Amt im Rechnungsjahr 1961 verfügen zu können glaubte, drastisch verkürzt werden müsse. Die abgezogene Summe werde benötigt, um eine Zahlungsverpflichtung an einen „ausländischen Staat“ erfüllen zu können.

Der „ausländische Staat“ ist Frankreich, die Zahlungsverpflichtung rührt aus einem Pauschalabkommen, das die Bundesrepublik aufgrund des „Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes“ (AKG) mit Frankreich eingegangen ist.

Das Abkommen sichert Frankreich Entschädigungen oder Abfindungen für französische Staatsangehörige zu, denen aus dem Widerstand gegen den

Nationalsozialismus Sachschäden entstanden sind.

Am 26. August ist eine deutsche Zahlungsrate von elf Millionen Mark fällig. Anfang August waren jedoch nur noch sechs Millionen Mark für den Sachschadenersatz an Frankreich etat-gerecht frei — fünf Millionen Mark zu wenig, um die vertragliche Zusage zu erfüllen.

Vor die Wahl gestellt, entweder außenpolitisch als unzuverlässiger Vertragspartner oder innenpolitisch als inkorrekt Haushälter zu gelten, entschied sich Franz Etzel für den innerdeutschen Vorwurf:

Das Finanzministerium behilft sich, indem es die fehlenden fünf Millionen dem Titel 315 des Haushalt-Einzelplans 6004 entnimmt. Dort sind 28,5 Millionen Mark eingesetzt, die im Rechnungsjahr 1961 über das Bundesausgleichsamt als „Unterhaltsbeihilfen, Hausratsbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen und Darlehen“ verteilt werden sollten.

Empfänger dieser Zuwendungen sind Bürger der Bundesrepublik, die nach 1945 Schäden durch Reparation oder Restitution — auch durch die französische Besatzungsmacht — erlitten haben, deren Ansprüche aber endgültig noch durch ein neues Gesetz geregelt werden müssen.

Etzels Ministerium glaubt, daß die als Überbrückung gedachten 28,5 Millionen Mark bis zum Ende des Etatjahres nicht voll benötigt werden und das Bundesausgleichsamt auch mit 23,5 Millionen Mark auskommen könne. Sollten sich wider Erwarten die Anträge doch zu höheren Ziffern summieren, dann möge er, so wurde Präsident Käss angewiesen, darüber Mitteilung nach Bonn machen.

In seiner Bereitschaft, französischen Staatsangehörigen möglichst schnell Geld zukommen zu lassen, auf das deutsche Bürger laut Haushalts-Erläuterung zu Titel 315 Anspruch haben, läßt Minister Etzel kühn den Paragraphen 30 der — vom Bund übernommenen — Reichshaushaltsordnung unberücksichtigt.

Darin ist vorgeschrieben, daß bewilligte Beträge „nur zu dem im Haushaltsplan bezeichneten Zweck, soweit und solange dieser fort dauert“, verwendet werden dürfen.

Die 28,5 Millionen müßten also entweder komplett an deutsche Anspruchsberechtigte ausgezahlt oder aber, da der Posten im Etat als (zeitlich) „übertragbar“ gekennzeichnet ist, in das nächste Rechnungsjahr übernommen werden, wenn 1961 die Summe nicht voll ausgeschöpft werden sollte.

Weil das Bundesausgleichsamt nur auf Abruf über die 28,5 Millionen verfügen, die Mittel jedoch nicht auf einem eigenen Konto vor Zugriffen schützen kann, hat der Präsident Käss praktisch keine Möglichkeit, der Verringerung ihm zustehender Etatmittel entgegenzutreten.

Der zuständige Leitende Regierungsdirektor Dr. Gross vom Bundesausgleichsamt, von seinem Vorgesetzten Käss über Etzels vertraulichen Brief nicht unterrichtet, zeigte sich denn auch über den ungewöhnlichen Eingriff des Bundesfinanzministeriums höchlichst verwundert.

Zweifelte Dr. Gross: „Mir erscheint diese Sache sehr unwahrscheinlich. Ich kann mir das nicht vorstellen.“